



3-2020

30. März 2020

Hanne im Interview zu Corona: „Im Kern geht es um die Rettung von Menschenleben“

Hannover/Berlin - „Im Kern geht es um die Rettung von Menschenleben.“ Das war der zentrale Satz in einem Interview mit Hanne Modder zur Corona-Krise. Sie warb um Verständnis dafür, dass die vielen Hilfsanfragen von Unternehmen an die N-Bank zeitweise zum Zusammenbruch des Servers geführt haben. „Wir arbeiten mit Hochdruck an Lösungen und kämpfen um jeden Arbeitsplatz“, so Modder. Das Interview im Wortlaut:

Frage: Du hast immer gesagt, dass Du gerne Regierungsverantwortung trägst. Gilt das auch für Coronazeiten?

Hanne Modder: Das Wort „gerne“ passt sicher nicht in diese Zeit. Aber die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, bleibt. Gerade jetzt. Wir haben schwere Entscheidungen zu treffen, die in das Leben der Menschen privat, sozial und



wirtschaftlich eingreifen. Da kann man sich nicht wegducken.

Frage: Schulen geschlossen, Geschäfte geschlossen, Restaurants und Kneipen geschlossen, kein Vereinsleben mehr, keine Treffen mit Freunden, nicht mal mehr der Besuch von Oma über die Ostertage, eine drohende Wirtschaftskrise mit vielen Arbeitslosen - ist das wirklich nötig?

Hanne: Auch wenn ich das ungern sage: Es gibt dazu keine Alternative. Wenn wir die Ausbreitung von Corona nicht verlangsamen,

Fortsetzung nächste Seite

Mein Situations

Das Corona-Virus stellt unsere parlamentarische Demokratie vor ungeahnte Herausforderungen.

Darum ist diese Ausgabe meines Newsletters fast ausschließlich diesem Thema gewidmet.

An dieser Stelle möchte ich nur zwei Bitten äußern:

1. Bleibt möglichst zu Hause, haltet Abstand, befolgt bei der Arbeit die Hygieneregeln, beschränkt Besorgungen auf das absolut Notwendige, verzichtet - so weh das tut - auf die Osterbesuche.

2. Zeigt Solidarität mit den Betroffenen, bietet Hilfe an, tretet jedem Versuch der Ausgrenzung entgegen. Zusammenhalt zeigen wir in diesen Tagen, indem wir Abstand halten.

Wenn alle mitmachen, können wir vielleicht schon bald den Weg zur Normalisierung beschreiten.

Hanne Modder

Interview: „Wir wissen um die Existenznot“

Fortsetzung

bricht unser Gesundheitssystem zusammen - mit unabsehbaren Folgen für Tausende von Menschen. Es hat schon Tote in Niedersachsen gegeben - ihren Angehörigen gehört unser Mitgefühl. Und es ist schlimm genug, dass es weitere Tote geben wird. Aber wir müssen und werden alles tun, um die Opferzahl so gering wie möglich zu halten. Ich bin stolz darauf, dass nicht nur die Landesregierung, sondern alle demokratischen Parteien und ein Großteil der Bevölkerung diese Ansicht teilen. Um es auch noch einmal ganz deutlich zu sagen: Im Kern geht es um die Rettung von Menschenleben, und das sollte jeden überzeugen.

Frage: *Das Land verschuldet sich in Milliardenhöhe, um Unternehmen eine Weiterexistenz zu ermöglichen. Reicht das, um die Arbeitsplätze zu erhalten?*

Hanne: Zunächst einmal geht es um die Stabilisierung und Stärkung unseres Gesundheitssystems. Um die Beschaffung von Schutzmasken, Handschuhe, Desinfektionsmittel um weitere Intensivbetten und Beatmungsgeräte, um die Einrichtung von Behelfs-krankenhäusern und und und. Die Folgen dieser Corona-Krise haben in erster Linie die Menschen in unserem Land zu tragen. Wir greifen wirklich sehr tief in unsere Grundrechte ein.

Die Folgen dieser Eingriffe bekommen natürlich unsere Wirtschaft und damit unsere Unternehmen mit voller Wucht zu spüren. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, um jedes Unternehmen. Die Unterstützung, ob als Kredit oder Direktzuschuss, wird so schnell wie möglich und auch so unbürokratisch wie möglich ausgezahlt.

Frage: *Es holpert ein wenig...*

Hanne: Ja. Wenn es dort zu Beginn zu Zusammenbrüchen der Anmelde-Portale bei der NBank gekommen ist, bitte ich dafür um ein bisschen Verständnis. Wir wissen um die Angst und Existenznot unserer Unternehmen und Solo-Selbständigen und arbeiten mit Hochdruck daran, möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen. Es gehört allerdings

auch zur Wahrheit dazu, dass es Menschen geben wird, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Aber unsere Maßnahmen werden dabei helfen, dass wir Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze wiederaufbauen. Da bin ich sehr optimistisch.

Frage: *Wann werden wir wieder normal leben?*

Hanne: Das kann wirklich noch keiner ernsthaft voraussagen. Wir müssen jetzt erstmal bis Ostern abwarten, ob die Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und wir die Verbreitung des Corona-Virus abbremsen können. Eine Lockerung der Einschränkungen wird erst dann möglich sein, wenn

die Zahl der Infizierten sichtbar zurückgeht. Den Vorschlag, Risikogruppen zu isolieren und den Rest der Bevölkerung „durchseuchen“ zu lassen, halte ich für unsolidarisch und gefährlich. Wir wissen noch zu wenig über das Virus, das ja mittlerweile auch junge Menschen

ernsthaft erkranken lässt.

Frage: *Es gibt immer noch Probleme bei der Beschaffung von Medikamenten und Schutzkleidung. Müssen wir nicht dafür sorgen, dass solche existenziellen Güter wieder in Deutschland oder wenigstens der EU hergestellt werden?*

Hanne: Welche Konsequenzen wir aus der Corona-Krise ziehen müssen, damit beschäftigten wir uns schon heute. Darauf habe ich auch in meiner Rede im Landtag hingewiesen. Allerdings gilt zunächst unsere ganze Kraft dem Schutz unserer Bevölkerung, Das hat höchste Priorität.

Frage: *Schaffen wird das?*

Hanne: Ja. Ich höre nicht nur von vielen Sorgen und Ängsten, sondern auch von einer enormen Solidarität und Hilfsbereitschaft. Es stärkt eine Gesellschaft, wenn sie sich in Krisenzeiten auf den Zusammenhalt besinnt - auch wenn der darin besteht, Abstand zu halten. Wenn ich sehe, wie uneigennützig und engagiert Pflegekräfte, Kassiererinnen, Ärzte, Polizisten, Postboten und viele andere diese Gesellschaft stützen, ist mir nicht bange. Ihnen gebührt ein großer Dank. Wir werden nicht vergessen, was sie in diesen Tagen für uns geleistet haben.

„Eine Lockerung der Einschränkungen wird möglich sein, wenn die Zahl der Infizierten sichtbar zurückgeht“

Landwirtschaft: Beschluss des Bundesrats verschafft Zeit bis zum 1. Januar 2021

Leer - Der Bundesrat hat einen Beschluss zur Düngeverordnung gefasst. Es handelt sich um einen Kompromiss mit folgendem Inhalt: Die Länder stimmen der Düngeverordnung in der aktuellen Form zu, im Gegenzug gelten die Maßnahmen in den so genannten roten Gebieten mit erhöhten Nitratwerten erst ab Januar 2021. Das ist nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion ein richtiges Signal für den Wasserschutz und für die Umwelt. Das ist aber gleichzeitig der Anspruch und der Auftrag, gemeinsam mit der Landwirtschaft, differenziert den Weg zum Ziel Bodenwertverbesserung auszuarbeiten, heißt es in der Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion weiter. Dabei sei es gelungen, dass niedersächsische Vorschläge berücksichtigt wurden. Kernpunkte dabei sind die Maßnahmen in den „Roten Gebieten“. Die werden erst zum 1. Januar 2021 in Kraft treten. Klar ist aber auch, dass die Messstellen überprüft werden, dass sich daraus sicherlich Veränderungen ergeben und dass diese aktualisierte Datenlage die Grundlage für die roten Gebiete sein wird. Auch die landwirtschaftlichen Emissionsdaten finden Berücksichtigung. Gleichzeitig verschafft der Kompromiss nun die nötige Zeit, um die Verwaltungsvorschriften explizit auszuarbeiten. Damit erhalten die Länder in Kooperation mit den Akteuren den nötigen Zeitraum

für eine akzeptable Umsetzung. Konkret bedeutet das, dass die Bundesländer nun bis Ende des Jahres Zeit gewonnen haben, die roten Gebiete mit einer verpflichtenden Binnendifferenzierung neu auszuweisen. Auch für die Landwirte bedeutet das mehr Zeit, damit sie ihre Betriebe, wo nötig, entsprechend umzustellen. Denn mit dem aktuellen Beschluss steht nun auch fest, dass die Verringerung der Düngung um 20 Prozent unter Bedarf in den „Roten Gebieten“ auch erst ab dem 1. Januar 2021 gilt.

Allerdings müssen nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion jetzt zügig die Akteure an einen Tisch, um akzeptable und praktikable Maßnahmen auszuarbeiten. Auch die finanzielle Seite darf nicht vernachlässigt werden. „Es ist eine Kraftanstrengung für unsere Höfe. Hier muss bei der Umstellung unkomplizierte finanzielle Unterstützung gewährleistet werden“, heißt es in der Pressemitteilung.

Zum Hintergrund: Seit 2013 läuft gegen die Bundesrepublik Deutschland ein von der Europäischen Kommission eingeleitetes Vertragsverletzungsverfahren wegen der hohen Nitratwerte. Mit der aktuellen Entscheidung wird verhindert, dass es weitere Verzögerungen gibt, die dann die angeordneten Strafzahlungen der EU-Kommission ausgelöst hätten.

Wegen Corona: Gäste müssen Borkum verlassen

Hannover – Wegen der Ausbreitung des Coronavirus hat der Landkreis Leer eine Allgemeinverfügung für Borkum erlassen. Seit dem 19. März ist der Zugang zur Insel Borkum eingeschränkt: Personen, die dort nicht ihren ersten Wohnsitz haben, dürfen die Insel nicht mehr betreten. Diese Regelung gilt für alle ostfriesischen Inseln. Es gibt jedoch Ausnahmen für Arbeitnehmer, medizinisches Personal

oder die Inselversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Urlauber, Kur- und Reha­gäste haben die Insel Borkum inzwischen verlassen. In der Allgemeinverfügung wird zudem die Nutzung einer Nebenwohnung bzw. Zweitwohnung auf Borkum untersagt, sofern sie nicht aus zwingend beruflichen sowie ehe-, sorge und betreuungsrechtlichen Gründen erfolgt.

Hanne Modder im Landtag: Wir stehen vor einer beispiellosen Herausforderung

Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Hanne Modder zur Regierungserklärung unter dem Titel „Corona in Niedersachsen“ / Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtags - Einführung eines „Corona-Ausschusses“ in der Plenarsitzung vom 25. März:

„Wer von uns hat sich bei Annahme des Landtagsmandates eine solch außergewöhnliche Situation, eine solche Krisensituation wirklich vorstellen können?

Wer hat bei der Verankerung der Schuldenbremse – noch gar nicht so lange her – daran gedacht, dass wir schon nach so kurzer Zeit eine außergewöhnliche Notsituation hier feststellen. Und vor allem, wer hat dabei an einen weltweit um sich greifenden Virus gedacht? Die ersten Bilder und Berichte aus dem chinesischen Wuhan waren für uns alle noch weit weg. Und heute?

Die Corona-Pandemie stellt uns weltweit, in Deutschland und auch in Niedersachsen, vor eine beispiellose Herausforderung, wahrscheinlich die größte nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich habe mir nicht vorstellen können, dass es aufgrund eines Virus zu solch gravierenden Einschränkungen unserer Grundrechte kommen kann. Sie alle kennen die Einschränkungen und Verbote im Einzelnen, der Ministerpräsident ist gerade in seiner Regierungserklärung darauf eingegangen. Das öffentliche Leben kommt fast zum Erliegen, und die Beschränkungen des persönlichen Lebens eines jeden Einzelnen sind immens.



Hanne Modder am Rednerpult im Plenarsaal des niedersächsischen Landtag.

Bild: Archiv

Ich will hier ausdrücklich noch einmal betonen: Diese Einschränkungen und Verbote sind nicht leichtfertig, sondern in einem schwierigen und ständigen Abwägungsprozess sehr verantwortungsbewusst getroffen worden. Dafür gilt all denen, die diese Verantwortung tragen und wahrnehmen, nicht nur unser Respekt, sondern auch unser Dank. Das sind keine einfachen Entscheidungen.

Dabei müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, warum wir zu diesen Maßnahmen greifen müssen.

Im Kern geht es doch darum, die Gesundheit unser Bürgerinnen und Bürger, so gut es geht, zu schützen, und darum, Leben zu retten – und zwar, sehr viele Leben zu retten. Das muss jedem einleuchten und auch den Letzten überzeugen. Leider haben wir auch in Niedersachsen bereits Todesfälle zu beklagen, und unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl gilt deren Angehörigen.

Fortsetzung nächste Seite

Rede: Signal der Geschlossenheit

Fortsetzung

Sie können sicher sein, dass wir mit allen Mitteln versuchen, die sehr dynamische Verbreitung des Coronavirus und den rasanten Anstieg der Fallzahlen abzubremsen und mit allen Kräften unser Gesundheitssystem zu stärken und leistungsfähig zu halten. Wichtig wird sein, dass es uns gelingt, die Infektionsketten zu durchbrechen. Dabei spielen natürlich die persönlichen Kontakte eine sehr große Rolle. Wir müssen vor allem die Menschen schützen, die ein besonderes Risiko für schwere und schwerste Krankheitsverläufe haben.

Um den Schutz gewährleisten zu können, geht es aktuell um die Beschaffung von Schutzkleidung, Masken, Handschuhen und Desinfektionsmitteln. Es geht aber auch um die Aufstockung von Intensivbetten und Beatmungsgeräten bis hin zur Frage der Einrichtung von Behelfskrankenhäusern.

Wir alle wissen, dass diese Verbote und Einschränkungen nicht nur das private Leben betreffen, sondern auch starke Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die Wirtschaft haben. Sie alle werden genauso wie ich unzählige Anrufe, Mails und SMS erhalten haben, wo es um die Existenz von vielen Kleinbetrieben, Solo-Selbständigen, Freiberuflern, Künstlerinnen und Künstlern, aber auch Mittel- und Großbetrieben geht. Es geht um den Einzelhändler und Handwerker von nebenan

genauso wie um die Existenz des Industriebetriebs. Es geht um den Sozialbetrieb oder auch die „Tafeln“. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verzweifelt, weil ihnen Kurzarbeit oder gar die Entlassung droht. Viele Familien treffen diese Einnahmeeinbußen verdammt hart. Wer sich dieses Ausmaß einmal vor Augen führt – zu

genauso wie um die Existenz des Industriebetriebs. Es geht um den Sozialbetrieb oder auch die „Tafeln“. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verzweifelt, weil ihnen Kurzarbeit oder gar die Entlassung droht. Viele Familien treffen diese Einnahmeeinbußen verdammt hart. Wer sich dieses Ausmaß einmal vor Augen führt – zu

welchen Einbrüchen es in der Wirtschaft, in der Tourismusbranche, dem Handel oder bei den Beschäftigten kommt – der weiß, wir müssen jetzt handeln!

Darum ist es so wichtig, auch heute hier aus diesem Parlament das deutliche Signal zu senden:

„Eine Lockerung der Einschränkungen wird möglich sein, wenn die Zahl der Infizierten sichtbar zurückgeht“

Wir werden alles dafür tun, um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, um Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu stärken.

Es ist richtig, dass auch im Bundestag das wohl größte Hilfspaket in der

Geschichte Deutschlands verabschiedet wird, und auch wir hier im Niedersächsischen Landtag gleich im Anschluss durch den Nachtrag insgesamt 4,4 Milliarden Euro freigeben, um deutlich zu machen:

Der Staat ist handlungsfähig, und wir handeln. Auch wenn ich der Abstimmung nicht vorgreifen kann und will, möchte ich mich bei den Fraktionen hier im Niedersächsischen Landtag ganz herzlich bedanken. Bei all den unterschiedlichen Auffassungen, die wir sonst hier auch gerne leidenschaftlich und in der Sache hart austragen,

senden wir in der Krise ein klares Signal der Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Dies wird unsere Demokratie stärken. Davon bin ich zutiefst überzeugt!

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat aus aktuellem Anlass einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung einge-

bracht. Ich will dazu für meine Fraktion nur so viel sagen: Ja, es stimmt, dass aufgrund der dynamischen Entwicklung es auch immer wieder zu angepassten Maßnahmen kommt und auch weiterhin kommen kann. Und ja, das Parlament hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zu kontrollieren.

Fortsetzung nächste Seite

Appell: „Es hängt von uns allen ab“

Fortsetzung

Allerdings werden wir durch den Sozialausschuss, der ja sozusagen unser Corona-Ausschuss ist, und den Informationen aus dem Krisenstab und der Landesregierung gut informiert.

Ich will auch auf die rechtlichen Bedenken, die im Ältestenrat deutlich geworden sind, hinweisen. Ich bitte um Verständnis, wenn wir Ihrem Vorschlag, den Ältestenrat zum zentralen Gremium zu benennen und ihn dann auch öffentlich tagen zu lassen, nicht mitgehen können.

Wir werden aber natürlich auch sehr bald über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise reden müssen, über unser Gesundheitssystem, und ob nicht auch Produktionsketten wieder nach Europa oder gar Deutschland geholt werden müssen, und über viele weitere Aspekte. Aber zunächst gilt unsere ganze Kraft der Bewältigung dieser Corona-Krise.

Ich will zum Schluss noch einen Appell und ein wirklich herzliches Dankeschön aussprechen.

Ein Appell an uns alle: Es wird von uns allen, von jeder und jedem Einzelnen abhängen, ob wir gemeinsam diese Krise meistern können.

Das fängt mit einem respektvollen Umgang zum Beispiel auch der Verkäuferin oder dem Lkw-Fahrer gegenüber an. Die freuen sich auch über ein Lächeln oder ein Dankeschön. Und es hört beim Einkauf mit Augenmaß und Rücksicht nicht auf. Bitte helfen Sie alle mit, halten Sie Abstand und bleiben Sie, wenn es irgendwie geht, zu Hause.

Und ich will mich im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei all denen bedanken, die im

Moment mithelfen, die Corona-Krise zu meistern. Das geht an das medizinische und pflegerische Personal, und ich meine: von der Ärztin über das Pflegepersonal, die Putzfrau, den Koch und den

Hausmeister. An alle Beschäftigten im Versorgungsbereich und in den systemrelevanten Bereichen, die alle im Krisenmodus fahren; an alle, die in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen in den Krisenstäben ihrer Arbeit nachgehen – einfach alle, die unser Gemeinwesen am Laufen

halten und oft an ihre Grenzen gehen und darüber hinaus.

Ein herzliches Dankeschön an die Landtagsverwaltung, die uns die heutige, doch sehr denkwürdige Plenarsitzung, so organisiert hat, dass hier alle Hygienevorkehrungen zu unser aller Schutz getroffen wurden.

An den Krisenstab unter der Leitung von Staatssekretär Heiger Scholz und der gesamten Landesregierung, die unter hohem Druck an der schnellen und unbürokratischen Umsetzung der Hilfsprogramme arbeiten, und an Sie, Herr Ministerpräsident Weil, auch für Ihren ganz persönlichen Einsatz.

Ganz herzlichen Dank!

Ein herzliches Dankeschön auch an alle, die in dieser sehr sorgenvollen Zeit durch Engagement, Zuversicht und Solidarität ihre Hilfe anbieten. Sie machen dieses Land liebenswert, und deshalb werden wir es auch gemeinsam schaffen. Danke.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und

bleiben Sie gesund!“

„Eine Lockerung der Einschränkungen wird möglich sein, wenn die Zahl der Infizierten sichtbar zurückgeht“

„Ich will mich im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei all denen bedanken, die im Moment mithelfen, diese Corona-Krise zu meistern“

Im Überblick: Das Hilfsprogramm für Unternehmen

Das **Soforthilfeprogramm** „Liquiditätssicherung für kleine Unternehmen“ richtet sich an gewerbliche Unternehmen, Angehörige freier Berufe in Betrieben mit bis zu 49 Beschäftigten und Soloselbständige. Sie erhalten eine finanzielle Unterstützung (Zuschuss) in Form einer sogenannten Billigkeitsleistung, die sich wie folgt staffelt:

Bis 5 Beschäftigte:	3.000 €
Bis 10 Beschäftigte:	5.000 €
Bis 30 Beschäftigte:	10.000 €
Bis 49 Beschäftigte:	20.000 €

Das **Kreditprogramm** bietet Liquiditätshilfen von bis zu 50.000 Euro pro Fall für kleine und mittlere Unternehmen. Das Besondere dabei ist, dass diese Liquiditätshilfe direkt von der NBank vergeben wird und dafür keine Sicherheit erbracht werden muss. Ziel ist es, kleinen und mittleren Unternehmen, die ein tragfähiges Geschäftsmodell haben, aber im Zuge der Corona-Krise einen erhöhten Liquiditätsbedarf aufweisen, zu unterstützen.

Mit fünf Millionen Euro hilft das Land **Startups**: Weil diese jungen Unternehmen häufig nur mit geringem Startkapital gegründet wurden, noch geringe Umsätze machen und zugleich auf Wagniskapital angewiesen sind, ist die Corona-Epidemie für sie in besonderem Maße existenzgefährdend. Startups können sowohl das Zuschuss- als auch das Darlehensprogramm in Anspruch nehmen.

Mit der Förderung will das Wirtschaftsministerium Unternehmern und Freiberuflern helfen, die sich aufgrund der Coronavirus-Krise in einer existenziellen Not befinden. Dies ist im Rahmen der Antragstellung in Form einer Eigenerklärung plausibel darzustellen.

Das Programm wird durch die NBank umgesetzt.

Wegweiser für Betroffene: N-Bank

E-Mail für Anträge: antrag@soforthilfe.nbank.de

E-Mail: beratung@nbank.de

Hotline: 0511 30031-333

Web: www.soforthilfe.nbank.de

www.nbank.de/Blickpunkt/Covid-19

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM

Hotline (8-20 Uhr): 0511-120-5757

E-Mail: mw-corona@mw.niedersachsen.de

Web: www.mw.niedersachsen.de

HILFEN VOM BUND

Die Bundesregierung hat ein Hilfspaket zur Bewältigung der Corona-Krise in Höhe von 156 Milliarden Euro beschlossen. Neben der Unterstützung für den Gesundheitsbereich und den Lebensunterhalt für Menschen, die unverschuldet finanzielle Hilfe benötigen, wird ein Großteil des Geldes für die Wirtschaft ausgegeben. Die Programme von Land und Bund ergänzen sich.

Wichtig: N-Bank und Landeswirtschaftsministerium sind auch Ansprechpartner für die Soforthilfen des Bundes!

Alle wichtigen Infos zur Bundeshilfe gibt es auf der Homepage des **Bundesfinanzministeriums**:
www.bundesfinanzministerium.de

Wichtig für die Bundeshilfe zudem:
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/KfW-Corona-Hilfe-Unternehmen

Bundeswirtschaftsministerium:
www.bmwi.de

Hotline des **Bundeswirtschaftsministeriums** für allgemeine wirtschaftsbezogene Fragen:
Telefon: 030 18615 1515 (mo-fr 9 bis 17Uhr)

Corona-Plenarbrief der SPD-Landtagsfraktion: Nicht zusammenrücken - zusammenhalten!

Mit der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil unter dem Titel „Corona in Niedersachsen“ war die Pandemie das zentrale Thema dieses Plenarabschnitts.

Die Bekämpfung des Coronavirus ist eine der größten Herausforderungen seit der Nachkriegszeit. Solidarität heißt in diesen Zeiten nicht zusammenrücken, sondern zusammenhalten. Die gravierenden Einschnitte der individuellen Freiheitsrechte des Einzelnen sind niemals gewünscht, zurzeit jedoch absolut notwendig, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und so schnell es geht zu einem normalen Leben zurückzukehren. Niedersachsen hat zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus ergriffen. Beginnend mit Schul- und Kitaschließungen, dem Verschieben des Semesterbeginns oder dem Kontaktverbot für Gruppen mit mehr als zwei Personen. Darüber hinaus sind in Niedersachsen Restaurants und Gaststätten sowie weitreichende Teile des Einzelhandels, der keine Produkte des täglichen Bedarfs verkauft, geschlossen.

Trotz der sozialen Einschränkungen und einer sich überschlagenden Nachrichtenlage erlebt Niedersachsen eine große Welle der Solidarität. Nachbarschaftshilfe, die Unterstützung bei Einkäufen, die Rücksichtnahme auf ältere und vorerkrankte Personen – das alles sind wichtige Signale für unsere Gesellschaft und zeigt: Wenn es hart auf hart kommt, halten die Menschen zusammen! Während die gesellschaftlichen Konsequenzen der Pandemie in Form der ergriffenen Maßnahmen schon spürbar sind, bleibt eine Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen noch ungewiss. Mit



dem Nachtragshaushalt 2020 wird die Landesregierung Mittel im Umfang von rund 4,4 Milliarden Euro zur Bekämpfung des Coronavirus und seinen Auswirkungen bereitstellen. Das solide Wirtschaften der vergangenen Jahre versetzt Niedersachsen in die Lage, nun angemessen auf die derzeitige Herausforderung zu reagieren. Im Rahmen des Maßnahmenpakets wird unter anderem der Bürgschaftsrahmen für Kredite auf drei Milliarden Euro erhöht. 400 Millionen Euro werden insbesondere für Sofortmaßnahmen zur Besorgung von medizinischem Material bereitgestellt. Des Weiteren werden Nettokredite in Höhe von 1 Milliarde Euro aufgenommen, um vornehmlich Unternehmen zu unterstützen, die unter normalen Verhältnissen nicht in Schwierigkeiten gekommen wären.

Für die niedersächsische Wirtschaft wird diese Krise extreme Auswirkungen haben und für viele Unternehmen wird sie existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und des wirtschaftlichen Bestehens von kleinen und mittleren Betrieben sowie Selbstständigen ist für uns von maßgeblicher Wichtigkeit. Hier wird das Land alle Hebel in Gang setzen, um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern und möglichst unbürokratisch sowie schnell Hilfen zukommen zu lassen.

Wegen Corona: Zukunftstag in den Herbst verschoben

Hannover – Der landesweit für den 26. März geplante Zukunftstag für Jungen und Mädchen in Niedersachsen wird verschoben. Das hat der Niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne entschieden. Ein neuer Termin – voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte - wird noch bekanntgegeben. Das gilt auch für den Zukunftstag der SPD-Landtagsfraktion, die am 23. April ihr politisches Planspiel mit Schülerinnen und Schülern aus ganz Niedersachsen durchführen wollte. Der Zukunftstag sei eine

gute und sinnvolle Veranstaltung, in der aktuellen Lage aber nicht am festgelegten Termin zwingend notwendig. „Wir verschieben ihn daher in den Herbst. Damit bringen wir ein wenig mehr Ruhe in die aktuelle Diskussion um Corona und geben den Beteiligten Handlungssicherheit“, so Minister Tonne.

Die bereits vorliegenden Bewerbungen, die im Büro von Hanne Modder aufgelaufen sind, werden automatisch für den Herbst berücksichtigt.

Notbetreuung in den Ferien

Hannover - Auch in den Osterferien bis zum 14. April wird es eine Notbetreuung in niedersächsischen Kindertageseinrichtungen und Schulen geben, teilte Kultusminister Grant Hendrik Tonne mit. „Die Notbetreuung ist Bestandteil der Krisenbewältigungsstrategie der Landesregierung. Es liegt auf der Hand, dass wir uns keine Osterpause leisten dürfen“, so Tonne. Die Kapazitäten in den Krankenhäusern und Kliniken würden hochgefahren, und der Bedarf an Notbetreuung vor allem für die Kinder von Beschäftigten aus den Bereichen Gesundheit, Medizin und Pflege werde aller Voraussicht nach steigen. Per Erlass würden daher zwei Maßnahmen verfügt:

1. Der schulische Notbetrieb ist auch in den Osterferien sicherzustellen und wird für Schülerinnen und Schüler der Schuljahrgänge 1 bis einschließlich 8 in bekanntem Umfang aufrechterhalten.
2. Bei der Notbetreuung wird nachgesteuert. Ab sofort sollen Kinder auch dann in die Notbetreuung aufgenommen werden, wenn lediglich ein Elternteil zu den zentralen Berufsgruppen gehört. Der Appell des Ministers: „Ich würde mich freuen, wenn von vielen Lehrkräften ein Zeichen der Solidarität und der aktiven Unterstützung in harten Zeiten ausgehen würde. Das bedeutet, sich freiwillig für die Notbetreuung zu melden.“

Kontakt zu Hanne

Fraktionsbüro Hannover:
Marion Glufke
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
0511-30304035
johanne.modder@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Leer:

Heiner Schröder
Bianca Yzer
Friesenstraße 58
26789 Leer
0491-99755443 (Bianca)
0491-99755444 (Heiner)
buero@johanne-modder.de

Internet Hanne

www.johanne-modder.de

Internet Fraktion

<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

Facebook Hanne

www.facebook.com/johanne.modder

Facebook Fraktion

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

Impressum:

Verantwortlich:
Johanne Modder

Redaktion (Texte und Bilder, wenn nicht anders vermerkt):
Heiner Schröder